

Reifeprüfung der Zivilgesellschaft



VON KONRAD HUMMEL

Dr. Konrad Hummel ist Geschäftsführer der MWS Projektentwicklungsgesellschaft. Die Tochter der städtischen Mannheimer Wohnungsbaugesellschaft mbH verfolgt das Ziel der qualitativen Entwicklung und Erschließung von 510 Hektar Konversionsflächen in Mannheim. In den ehemaligen Kasernen und Wohnungen der US-Armee sind derzeit über 12.000 Flüchtlinge untergebracht. www.konversion-mannheim.de

Die Flüchtlingswelle in den vergangenen Monaten ließ in Deutschland unzählige Menschen vor Ort selbst aktiv werden. Ein Potential, das nicht vereinnahmt werden sollte, sondern das die Chance für eine lebendige Demokratie bietet.

Wie ein Tsunami zog im letzten Herbst eine Flüchtlingswelle über Deutschland, die das Land nachhaltig verändert und in Folge der ersten Krisen noch mehr verändern wird, einschließlich im Windschatten davon eine Pseudobürgerbewegung der Fremdenfeindlichen.

Das seit zwanzig Jahren beschworene neue Verhältnis von Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft, der von Michael Bürsch geforderte neue Vertrag zwischen Bürger und Staat ist deutlich geworden. Die vieldiskutierte Individualisierung und Transformation vom Ehrenamt zum bürgerschaftlichen Engagement ist sichtbar geworden.

Der politikwissenschaftliche Diskurs um Governance statt Government, also die veränderte Rolle des Staats- und des Verwaltungsapparates, ist angesichts der unmittelbar überwältigenden Wirkung von Weltpolitik auf den kommenden Alltag so offensichtlich geworden, dass es vielen Wissenschaftlern offensichtlich erst einmal die Sprache verschlagen hat und den Medien die üblichen Feinbilder fehlen.

Zwischen September und Oktober 2015 wurden in schlecht abgestimmten Verfahren von Außen-, Innen-, Bundes- und Landespolitik fast zwei Millionen Flüchtlinge irgendwie und irgendwo beherbergt. Behörden – um dies am Beispiel von Mannheim zu skizzieren – wie das Karlsruher Regierungspräsidium wurden innerhalb von Tagen zu Vollzugsinstitutionen, die sieben Tage in der Woche Aufträge für Catering und Sozialfirmen mit technischen Maßnahmen im Volumen vieler hunderttausend Euro ohne Haushaltsplan in Gang zu setzen hatten. Staatliche Ämter

wie das Hochbauamt in Heidelberg hatten ihren Dienst wegen Überlastung einfach »eingestellt«, hunderte von Handwerkern und nachtschichtarbeitenden Stadtwerken improvisierten in Kasernen, die dem Bund gehören, mit den Wasser- und Wärmeschlüssen. Die Belegung mit Flüchtlingen drohte wochenlang anderweitige Verwendung anstehender Wohnbaumaßnahmen zu blockieren – wie das Mannheimer Konversionsprojekt Franklin; langfristig das Gegenteil dessen, was eine Flüchtlingswelle in der zweiten Runde braucht.

Registrierung durch Behörden war monatelang Fehlanzeige, Wohlfahrts- und Katastrophenverbände – jahrelang im Windschatten der Entwicklung – wurden zu unverzichtbaren Partnern, die eines haben, was der Staat nicht hat: ein großes Potential von Helfern.

Daneben ereignete sich das, was man die Reifeprüfung der deutschen Zivilgesellschaft nennen kann. Das vermeintliche individualistische Bürgerengagement drängte zur Tat und mindestens zwanzig zentrale und dezentrale Initiativen allein in Mannheim tauchten auf.

Die Vielfalt der jetzigen Stadtgesellschaften zeigte erstmals die Früchte der Integration, bot ihre unmittelbaren Ressourcen dar: die einen erinnern sich an ihre eigene Heimatverreibung, andere an ihre eigene Jugoslawienflucht, dritte an den Wohlstandsüberfluss im Kleiderschrank und eine weitere Gruppe stellte ihre berufliche Kompetenz zur Verfügung als Ärzte, Pfleger oder Sozialarbeiterinnen. Der Not gehorchend wurde in einem Lager eine Kleiderkammer organisiert, im anderen eine Kinder-

spielgruppe. Moralisch bewegt schwelgte die Seele bei hunderten von Freiwilligen zwischen Helfen und Empörung (über das »Orgachaos«), zwischen Irritation (anspruchsvolle Flüchtlinge) und Ohnmacht angesichts völliger Intransparenz darüber, wer jetzt wo warum zuständig sei. Eine kleine andere Gruppe formiert sich im Widerstand gegen alles Fremde.

Jahrelang wurde über die Infrastruktur des Engagements geredet, noch Anfang vorigen Jahres ein Symposium des Bundesfamilienministeriums wieder auf den Weg geschickt. Hier wäre eine gute Infrastruktur notwendiger denn je. Es liefen viele Initiativen völlig an Freiwilligenzentren und anderen »eigentlich zuständigen« Einrichtungen vorbei und vieles parallel.

Was fehlt ist die selbstverständliche Schnittstelle zwischen Stadt, Kommunalverwaltung, Verbänden, Spontaninitiativen und Unternehmen. Spät wurden Krisenstäbe eingerichtet, (außerhalb von Technischem Hilfswerk und Feuerwehr ungewohnt) in strenger Krisenhierarchie und ohne Sensibilität für das, was Bürgerengagement braucht. Die einen okkupieren ihre Helfer als ihr Helferpotential (»Denen sagen wir, wo es lang geht«) oder misstrauen den anderen (»Wer weiß, wer da kommt«). Ansatzweise lernen Verbände wieder die »Ansprache« nicht verbandsgebundener Freiwilliger, während sie die letzten zehn Jahre eigentlich zu Dienstleistungsverbänden mutierten und ihre Freiwilligen vernachlässigten.

Die vielen Freiwilligen erleben sich im Strudel der Ereignisse. Niemand erklärt ihnen, warum wer wo Flüchtlinge verteilt, ob Flüchtlingen erklärt wird, was jetzt auf sie zukommt: Essen von Staatswegen, Kleider aus Spenden der Zivilgesellschaft, Angebote von Unternehmen, ein Lauftraining vom Sportgeschäft und ein Handwerkereinsatz umsonst. Wer ist in der Lage Herrn X aus dem Sudan oder Familie X aus Syrien die Zivilgesellschaft zu erklären, muss man das und wenn man es nicht tut, welche Missverständnisse sind die Folge?

Die Flüchtlinge erleben ein Bahnunternehmen, Polizei, Hilfsdienste, private Sicherheitsdienste, Kommunalpolitiker, Brandschutzbeauftragte, Freiwillige, Sozialverbände, Caterer, Ärzte der privaten und der amtsärztlichen offiziellen Art, Journalisten, möglicherweise auch Demonstranten gegen sie und ihre Anwesenheit. Die deutsche Zivilgesellschaft tritt in ihrer vollen Blüte auf den Plan,

übertoll mit Emotionen und Ressourcen, alles zusammen miserabel organisiert, erträglich weil es immer noch aus dem Überfluss schöpft.

Rechtsberatung soll Flüchtlingen angeboten werden – bevor sie überhaupt registriert sind. Regelwerke stehen auf dem Prüfstand. Soll Schwarzfahren in den öffentlichen Verkehrsmitteln geduldet oder geahndet werden – aber mit welchen absehbar unwirksamen Folgen?

Soll pressekritisch berichtet werden über sexuelle Anmache oder soll dies, um jedem Anflug rechten Populismus nicht anheim zu fallen, alles kleingeredet werden? Die Medien und ihre Vertreter sind verunsichert. Eine Boulevardzeitung, die vor Monaten Griechenland aus dem Euro

bensvielfalt gelebte Demokratie ist und die, die sich ohne Grenzen und sozialstaatliche Sicherheiten nicht mehr vertreten fühlen: Politiker als Lügenpack, Zeitungen und Rundfunk als Lügenpresse.

So manifestiert dieser Moment als einer der beeindruckendsten Momente der aktiven Zivilgesellschaft gleichzeitig die Spaltung der repräsentativen Demokratie und die Verwerfungen effektiver Zusammenarbeit von Verwaltungsapparaten, politischem System und Initiativen. Es gilt, Rollen auch für die Modernisierungsverlierer finden!

Jetzt müsste manche »Ehrenamtsdebatte« wieder vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Statt Anerkennungskultur, Schulung oder strikter Freiwilligkeit sollte es

»Das Fehlen einer verlässlichen Infrastruktur für das freiwillige Engagement wurde offenbar«

werfen wollte, lobt die Helfer. Der Freiwilligenstrom hat auch die öffentliche Meinung verändert. Mit millionenschwerem Aufwand macht das öffentlich-rechtliche Fernsehen ein Open-air-Konzert in München als Dank an die Helfer, sozusagen Anerkennungskultur vom Feinsten, sogar einige Flüchtlinge darunter.

Die Zivilgesellschaft Deutschlands übt ihre Performanz und viele der gut ausgebildeten Ausländer im eigenen Land wirken stolz mit am »freundlichen Deutschland«. Was sich in den Überschwemmungskatastrophen an Oder und Neiße angebahnt hat, bricht sich jetzt den Weg und fast überall, wo rechte Fremdenhasser ihre Pegidas demonstrieren, lassen sich Gegendemonstranten finden.

Es geht offensichtlich darum, etwas für dieses Leben und dieses Land zu tun, das man so offen haben will, wie es geht.

Schwieriger ist es bei den Verlierern der modernisierten Demokratie. Sozial Schwächere ahnen, dass da Konkurrenten auf Wohn- und Arbeitsmärkten kommen und viele Migranten sehen sich links überholt, weil es nun »wirklich« arabisch sprechende Aktive kommen, die nicht hedonistische Abgrenzung demonstrieren.

Diese Reifepfung spaltet, wie ich es in »Demokratie in den Städten« (Nomos 2015) beschrieben habe, die Demokratie noch tiefer in die, für die eine offene Le-

»Responsiveness« geben, einen Apparat, der hochflexibel reagiert auf die Initiativen, sie richtig einsetzt, unterstützt, die Wege freiräumt, sozusagen das »schwere Gerät« mitbringt, auf dem die Freiwilligen effektiv werden können. Hier einen Raum für Sprachkurse, dort einige Busse, hier rasch verlegte Wasserleitungen, dort Holz für Selbstbauweise, hier eine Feuerwehr, die Lichtleitungen legt, dort Hauptamtliche, die sich zurückziehen, wenn andere da sind. Eine Subsidiarität, die nicht auf Verbände, sondern auf Initiativen-Potential abzielt, eine Soziallehre à la Nell-Breuning wieder belebt für die moderne Krisenbewältigung.

In vielen Fällen bedeutet das, Risiken zu übernehmen, Vorschriften von Unfallbrandschutz-Hygiene etc. ernst nehmen, aber nicht zum Hindernis werden lassen, Gewaltprävention, Konflikte und Massenhysterie schneller zu erkennen und kooperativ zu üben, Vertrauen zwischen Institutionen und Initiativen aufbauen.

Darin läge die Reife des Moments: Den Fokus zu verschieben von einer Bürgerbeteiligungsdebatte der ewig Gleiches um die Wohlstandsfragen hin zu einer Teilhabedebatte um eine komplexe offene Demokratie, die nur in der Kooperation gestärkt hervorgeht und die dafür klügere Organisation braucht, quasi »smart networking« der Zivilgesellschaft mit der Staatsverwaltung und der Wirtschaft. ■